



Detailansicht des Registereintrags

Bundesvereinigung Mittelständischer Bauunternehmen e. V.

Aktuell seit 23.03.2026 13:03:47

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R001874
Ersteintrag:	28.02.2022
Letzte Änderung:	23.03.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	30.06.2025
Tätigkeitskategorie:	Wirtschaftsverband oder Gewerbeverband/ verein
Kontaktdaten:	Adresse: Königswinterer Str. 329 53227 Bonn Deutschland Telefonnummer: +49228911850 E-Mail-Adressen: info@bvmb.de Webseiten: www.bvmb.de
Hauptstadtrepräsentanz:	Wilhelmstraße 77 10117 Berlin Telefonnummer: +49228911850 E-Mail-Adresse: info@bvmb.de
Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):	
Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24	
Mitgliedsbeiträge, Sonstiges	

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

640.001 bis 650.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

3,56

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Dipl.-Bw. Martin Steinbrecher**
Funktion: Präsident
2. **RA Jürgen Faupel**
Funktion: Stellvertretender Präsident

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (12):

1. **RA Dirk Stauf**
2. **M. Eng. Daniel Jonas**
3. **Alexander Falkenhahn**
4. **Philipp Gross lic. oec. HSG**
5. **Marcus Herwarth**
6. **Dipl.-Ing. Wolfgang Hörnig**
7. **Dipl.-Ing. Björn Stutz**
8. **Dipl.-Ing. Johannes van der Linde**
9. **Axel-Björn Hüper**
10. **Michael Gilka**
11. **Dipl.-Bw. Martin Steinbrecher**
12. **RA Jürgen Faupel**

Gesamtzahl der Mitglieder:

862 Mitglieder am 24.06.2025, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (17):

1. forum vergabe e. V.
2. Förderverein Bundesstiftung Baukultur e. V.
3. RKW Rationalisierungs- und Innovationszentrum der Deutschen Wirtschaft e. V.
4. Pro Mobilität - Initiative für Verkehrsinfrastruktur e. V.
5. Deutscher Baugerichtstag e.V.
6. Bundesverband Public Private Partnership (BPPP) e.V.
7. Akkreditierungsverbund für Studiengänge des Bauwesens (ASBau) e. V.

8. Verein für die Präqualifikation von Bauunternehmen e. V.
9. Initiative pro AGB-Recht
10. Versorgungswerk deutscher Verbände und Arbeitgeber (VdVA) e. V.
11. Deutsche Gesellschaft für Außergerichtliche Streitbeilegung in der Bau- und Immobilienwirtschaft e. V.
12. Deutscher Vergabe- und Vertragsausschuss (DVA)
13. German Lean Construction Institute - GLCI e.V. (IPA Zentrum)
14. Bundesverband Digitales Bauwesen (BDBau) e. V.
15. Verbändeinitiative Großraum- und Schwertransport (VI GST)
16. Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. (IW)
17. Wirtschaftsrat der CDU e.V. (WR)

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabensbereiche

Interessen- und Vorhabensbereiche (19):

Arbeitsmarkt; Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen; Digitalisierung; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Bauwesen und Bauwirtschaft; Wohnen; Öffentliches Recht; Rechtspolitik; Zivilrecht; Unfallversicherung; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Güterverkehr; Schienenverkehr; Straßenverkehr; Verkehrsinfrastruktur; Verkehrspolitik; Industriepolitik; Kleine und mittlere Unternehmen; Wettbewerbsrecht

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst sowie durch die Beauftragung Dritter wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Die tarifpolitisch ungebundene, bundesweit tätige Bundesvereinigung Mittelständischer Bauunternehmen e.V. (BVMB) konstituiert sich weit überwiegend aus Unternehmen der mittelständischen Bauwirtschaft und deren Partnern und setzt sich bereits seit 1964 für die Belange der mittelständischen Bauwirtschaft in Deutschland ein, indem sie die Wirtschafts-, Markt- und Wettbewerbsinteressen ihrer Mitgliedsunternehmen auf politischer Ebene sowie gegenüber Auftraggebern aus allen Baubereichen vertritt und so die wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die mittelständische Bauwirtschaft in Deutschland verbessert.

Die BVMB übt die Interessenvertretung und Vernetzung ihrer Mitglieder aus, indem sie Presse- und Öffentlichkeitsarbeit betreibt, Fachtagungen organisiert, einen jährlichen Neujahrsempfang und Tag der mittelständischen Bauwirtschaft veranstaltet, Positionspapiere veröffentlicht, Stellungnahmen verfasst, wissenschaftliche Gutachten in Auftrag gibt und Fachgespräche mit Entscheidungsträgerinnen und -trägern aus der Politik und Verwaltung wahrnimmt.

Konkrete Regelungsvorhaben (9)

1. Beibehaltung der §§ 305ff. BGB in der aktuell geltenden Fassung bzgl. Justizstandort-Stärkungsgesetz

Beschreibung:

Die BVMB ist Teil der Initiative pro AGB-Recht und setzt sich in diesem Rahmen gemeinsam mit ca. 40 weiteren Verbänden bereits seit mehr als 10 Jahren dafür ein, das Recht der Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) zu bewahren. Explizit wendet sich die Initiative pro AGB-Recht gegen eine Ergänzung des Gesetzentwurfs des Justizstandort-Stärkungsgesetzes um materiellrechtliche Änderungen des AGB-Rechts mit dem Ziel, die Inhaltskontrolle verwendeter Vertragsklauseln im unternehmerischen Geschäftsverkehr einzuschränken. Zweck ist also die bestehende Rechtslage der §§ 305 ff. BGB in der aktuell geltenden Fassung zu erhalten, d. h. die Verhinderung der Schaffung von Bereichsausnahmen hinsichtlich der Anwendung der §§ 305ff. BGB für Verträge in der Realwirtschaft.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/8649 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung des Justizstandortes Deutschland durch Einführung von Commercial Courts und der Gerichtssprache Englisch in der Zivilgerichtsbarkeit - (Justizstandort-Stärkungsgesetz)

Zuständiges Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 374/23 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung des Justizstandortes Deutschland durch Einführung von Commercial Courts und der Gerichtssprache Englisch in der Zivilgerichtsbarkeit (Justizstandort-Stärkungsgesetz)

Zuständiges Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/11466 (Vorgang) [alle RV hierzu]

zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung - Drucksache 20/8649 - Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung des Justizstandortes Deutschland durch Einführung von Commercial Courts und der Gerichtssprache Englisch in der Zivilgerichtsbarkeit - (Justizstandort-Stärkungsgesetz)

Betroffenes geltendes Recht:

BGB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Industriepolitik [alle RV hierzu]; Rechtspolitik [alle RV hierzu]; Zivilrecht [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2406250159 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 01.03.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

Versendet am 01.03.2024 an:

Bundestag

Gremien [\[alle SG dorthin\]](#)

2. **SG2406250162** (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 01.03.2024 an:

Bundestag

Gremien [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

2. **Beibehaltung der §§ 305ff. BGB in der aktuell geltenden Fassung.**

Beschreibung:

Beibehaltung der §§ 305ff. BGB, insbesondere hinsichtlich der AGB-Inhaltskontrolle im B2B-Bereich und bezüglich des Schutzes vor unangemessen benachteiligenden Bestimmungen in Verträgen im unternehmerischen Geschäftsverkehr.

Verhinderung der Schaffung von Bereichsausnahmen hinsichtlich der Anwendung der §§ 305ff. BGB für Verträge in der Realwirtschaft.

Betroffenes geltendes Recht:

BGB [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Kleine und mittlere Unternehmen [\[alle RV hierzu\]](#); Rechtspolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Wettbewerbsrecht [\[alle RV hierzu\]](#); Zivilrecht [\[alle RV hierzu\]](#)

3. **Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz aufheben**

Beschreibung:

Das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) als rein deutscher Alleingang muss aufgehoben werden. Stattdessen sollte die Europäische Lieferkettenrichtlinie bürokratiearm und vollzugsfreundlich umgesetzt werden.

Betroffenes geltendes Recht:

LkSG [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Bauwesen und Bauwirtschaft [\[alle RV hierzu\]](#); Kleine und mittlere Unternehmen [\[alle RV hierzu\]](#); Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [\[alle RV hierzu\]](#)

4. Mietpreisbremse abschaffen

Beschreibung:

Wir lehnen die geplante Verlängerung der sog. "Mietpreisbremse" bis zum Jahr 2029 ab und fordern ihr Auslaufen. Sie ist kein wirkungsvolles und geeignetes Instrument für den angespannten Wohnungsmarkt. Stattdessen führt sie zu Unsicherheit bei privaten Bauherren und Investoren, wodurch dringend benötigter Wohnraum nicht geschaffen wird.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/322 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Regelungen über die zulässige Miethöhe bei Mietbeginn

Betroffenes geltendes Recht:

BGB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]; Wohnen [alle RV hierzu]

5. Flexibilisierung des Arbeitszeitgesetzes

Beschreibung:

Die im Arbeitszeitgesetz vorgeschriebene tägliche Höchstarbeitszeit ist nicht mehr zeitgemäß und entspricht in einer modernen, digitalen Arbeitswelt weder den Anforderungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer noch denen der Arbeitgeber. Dies trifft insbesondere auf die mittelständischen Bauwirtschaft zu, die für ihre Baumaßnahmen flexiblere Arbeitszeitmodelle benötigt. Wir setzen uns daher für eine Flexibilisierung in Richtung einer wöchentlichen statt einer täglichen Höchstarbeitszeit ein, so wie es die europäischen Arbeitszeitrichtlinie auch vorsieht und zulässt.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/14255 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Flexibilisierung des Arbeitszeitgesetzes
(Arbeitszeitflexibilisierungsgesetz - ArbZFlexG)

Betroffenes geltendes Recht:

ArbZG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]; Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]; Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Rechtspolitik [alle RV hierzu]

6. Bundestariftreuegesetz nicht weiter verfolgen

Beschreibung:

Das geplante Bundestariftreuegesetz ist mit unverhältnismäßig hohen Bürokratiekosten für Unternehmen und Verwaltung verbunden, widerspricht dem Grundsatz der Tarifautonomie und schränkt den unternehmerischen Wettbewerb ein. Die hohe Konkurrenz um Fachkräfte in der Bauwirtschaft und Regelungen wie das Arbeitnehmerentsendegesetz sorgen ohnehin

dafür, dass ein solches Gesetz für unsere Branche keinerlei Steuerungswirkung hätte. Ein solches Gesetz sollte aus den genannten Gründen nicht umgesetzt werden.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/14345 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Tarifautonomie durch die Sicherung von Tariftreue bei der Vergabe öffentlicher Aufträge des Bundes (Tariftreuegesetz)

1. Zuständiges Ministerium: BMAS [alle RV hierzu]

2. Zuständiges Ministerium: BMWK (20. WP) [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]; Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]; Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Rechtspolitik [alle RV hierzu]

7. Aufhebung des Verbots von Arbeitnehmerüberlassung im Baugewerbe

Beschreibung:

Wir setzen uns für die Aufhebung des Verbots von Arbeitnehmerüberlassung in der Bauwirtschaft aus § 1b AÜG ein. Das nicht mehr zeitgemäße Verbot schränkt die Flexibilität der Bauunternehmen ein, auf den saison- und projektbedingt wechselnden Personalbedarf zu reagieren. Durch die Aufhebung des Verbots können Bauunternehmen gezielter Arbeitskräfte einsetzen, um auf saisonale Schwankungen und projektbedingte Engpässe besser zu reagieren. Dies würde die Wettbewerbsfähigkeit der Bauwirtschaft stärken und helfen, den Fachkräftemangel in einem entscheidenden Sektor zu bekämpfen, ohne die Qualität oder Sicherheitsstandards zu gefährden.

Betroffenes geltendes Recht:

AÜG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]; Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]; Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]

8. Erweiterung der sog. "Westbalkanregelung" aus § 26 Absatz 2 BeschV

Beschreibung:

Die so genannte Westbalkanregelung mit ihren Vereinfachungen für die Arbeitserlaubnis und Visumsvergabe für Menschen aus der Balkan-Region hat sich in der Bauwirtschaft als wichtiges Hilfsmittel bei der saison- und projektbedingten Bekämpfung des Fachkräftemangels erwiesen. Wir setzen uns deshalb dafür ein, einerseits das Kontingent der Westbalkanregelung selbst zu erhöhen sowie weitere Kontingentlösungen mit erleichtertem Zugang in den Arbeitsmarkt für weitere Staaten und Regionen einzurichten. Dies ist nicht als langfristige Lösung für den demografisch bedingten Teil des Fachkräftemangels zu sehen, kann jedoch die akuten Auswirkungen des derzeitigen Fachkräftemangels kurz- und mittelfristig abmildern.

Betroffenes geltendes Recht:

BeschV 2013 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsmarkt [\[alle RV hierzu\]](#); Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [\[alle RV hierzu\]](#); Bauwesen und Bauwirtschaft [\[alle RV hierzu\]](#); Industriepolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Kleine und mittlere Unternehmen [\[alle RV hierzu\]](#)

9. Parlamentarisches Frühstück zum Thema Infrastrukturpolitik der Bundesregierung im Lichte des Sondervermögens am 20. März 2026**Beschreibung:**

Am 20. März 2026 hat unter der Schirmherrschaft von Felix Schreiner, MdB und Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ein Parlamentarisches Frühstück zum Thema "Infrastrukturpolitik der Bundesregierung im Lichte des Sondervermögens" mit Mitgliedern der AG Verkehr der CDU/CSU Bundestagsfraktion in Berlin stattgefunden. Im Mittelpunkt der Gespräche stand die zukünftige Infrastrukturpolitik der Bundesregierung im zweiten Regierungsjahr unter Bundeskanzler Friedrich Merz – insbesondere vor dem Hintergrund des Sondervermögens und seiner Bedeutung für Investitionen, Planungssicherheit und die Leistungsfähigkeit der Verkehrsinfrastruktur.

Bundestags-Drucksachennummer:

[BT-Drs. 21/4099 \(Vorgang\)](#) [\[alle RV hierzu\]](#)
Entwurf eines Infrastruktur-Zukunftsgesetzes
Zuständiges Ministerium: [BMV](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Bundestags-Drucksachennummer:

[BT-Drs. 21/1941 \(Vorgang\)](#) [\[alle RV hierzu\]](#)
Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Tarifautonomie durch die Sicherung von Tariftreue bei der Vergabe öffentlicher Aufträge des Bundes (Tariftreuegesetz)
1. Zuständiges Ministerium: [BMAS](#) [\[alle RV hierzu\]](#)
2. Zuständiges Ministerium: [BMWE](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Bundestags-Drucksachennummer:

[BT-Drs. 21/3940 \(Vorgang\)](#) [\[alle RV hierzu\]](#)
Nationale Tourismusstrategie
Zuständiges Ministerium: [BMWE](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [\[alle RV hierzu\]](#); Bauwesen und Bauwirtschaft [\[alle RV hierzu\]](#); Schienenverkehr [\[alle RV hierzu\]](#); Straßenverkehr [\[alle RV hierzu\]](#); Verkehrsinfrastruktur [\[alle RV hierzu\]](#); Verkehrspolitik [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2603230006](#) (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 20.03.2026 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [\[alle SG dorthin\]](#)

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

1.230.001 bis 1.240.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

[Einnahmen-Ausgaben-2024.pdf](#)